

DEUTSCHE BAUZEITUNG

59. JAHRGANG * № 85 * BERLIN, DEN 24. OKTOBER 1925

HERAUSGEBER: PROFESSOR ERICH BLUNCK, ARCH.
SCHRIFTFLEITER: REG.-BAUMEISTER a. D. FRITZ EISELEN.

Alle Rechte vorbehalten. — Für nicht verlangte Beiträge keine Gewähr.

Die Kunstgewerbe- und Handwerkerschule in Köln.

Architekt: Professor Martin Elsaesser, Arch. B. D. A., Köln. (Hierzu eine Bildbeilage.)



Köln gehört zu den deutschen Städten, die trotz der besonderen Lasten, die der Vertrag von Versailles durch die jahrelange Besetzung ihr auferlegt hat, durch die veränderten Verhältnisse andererseits auch neue wirtschaftliche Beziehungen und durch die Niederlegung der Festungswerke eine größere Freiheit der städtebaulichen Entwicklung erhalten hat.

Diese neuen Möglichkeiten sind und werden unter der zielbewußten und weitsichtigen Führung des Ob.-Bürgermeisters Dr. A d e n a u e r, soweit dem nicht die allgemeine wirtschaftliche Lage Deutschlands hemmend entgegensteht, auf den verschiedensten Gebieten erfolgreich ausgenutzt. Es sei hier nur erinnert an die Gründung der Universität Köln, an die eingeleitete großzügige Ausgestaltung des Stadtgebietes nach den Schumacher'schen Ideen, an die bedeutenden Messebauten, an die neugeschaffenen Hafenanlagen Köln-Niehl, an die Stadionanlage u. A., Aufgaben, die wir auch in unserer Zeitschrift z. T. eingehender behandelt haben.

Auf dem Gebiete der künstlerischen Betätigung hat dagegen Köln in den letzteren Jahren weniger von sich reden gemacht. Die Werkbundausstellung 1914 hätte nach dieser Richtung einen entscheidenden Schritt bedeuten können, sie fand aber durch den Weltkrieg ein unglückliches Ende. Nach dem Kriege

wurden dann die Bestrebungen, das künstlerische Schaffen in Köln neu zu beleben, wieder aufgenommen. Ein erster Schritt auf diesem Wege ist die Umgestaltung der Kunstgewerbe- und Handwerkerschule, sowohl was ihren inneren Aufbau, als was ihre Unterbringung in einem zeitgemäßen Neubau betrifft.

Die Kunstgewerbe- und Handwerkerschule ist hervorgegangen aus der 1879 begründeten, gewerblichen Fachschule der Stadt Köln und der mit ihr verbundenen Handwerker-Fortbildungsschule. Am 1. April 1895 wurde die Gesellenabteilung der letzteren mit der kunstgewerblichen Abteilung der ersteren zur „Kunstgewerbe- und Handwerkerschule“ vereint, blieb aber auch als solche mit der Maschinenbauschule und der Baugewerkschule unter der gemeinsamen Direktion des Gew.-Schulrates R o m b e r g verbunden und zwar auch nach der Verstaatlichung der beiden letzteren Anstalten i. J. 1903. Erst im Herbst 1906 erhielt die „Kunstgewerbe- und Handwerkerschule in der Person des Ob. Baurats Halmhuber aus Stuttgart einen eigenen Direktor. Der maschinentechnische und bautechnische Unterricht an der Handwerkerschule wurde dann 1907 den staatl. Fachschulen abgegeben, so daß der „Kunstgewerbe- und Handwerkerschule“, die diesen Namen auch weiterhin führt, nur der Unterricht für die kunstgewerblichen Bereiche verblieb. Als im Jahre 1910 Halmhuber einem Ruf an die Technische Hochschule zu Hannover folgte, trat an seine Stelle Prof.



Abb. 1. Ansicht der Ecke Maternus- und Mainzer Straße.
Sämtliche Photographien von Hugo Schmölz, Köln.

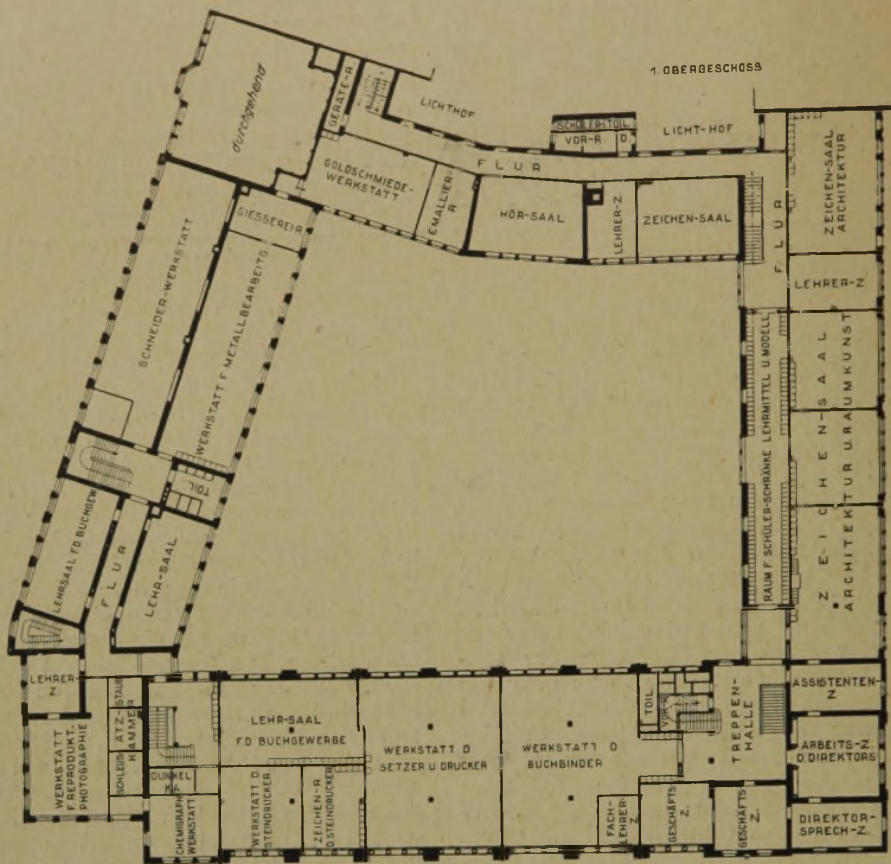


Abb. 2. Grundriß des I. Obergeschosses. (1 : 600.)

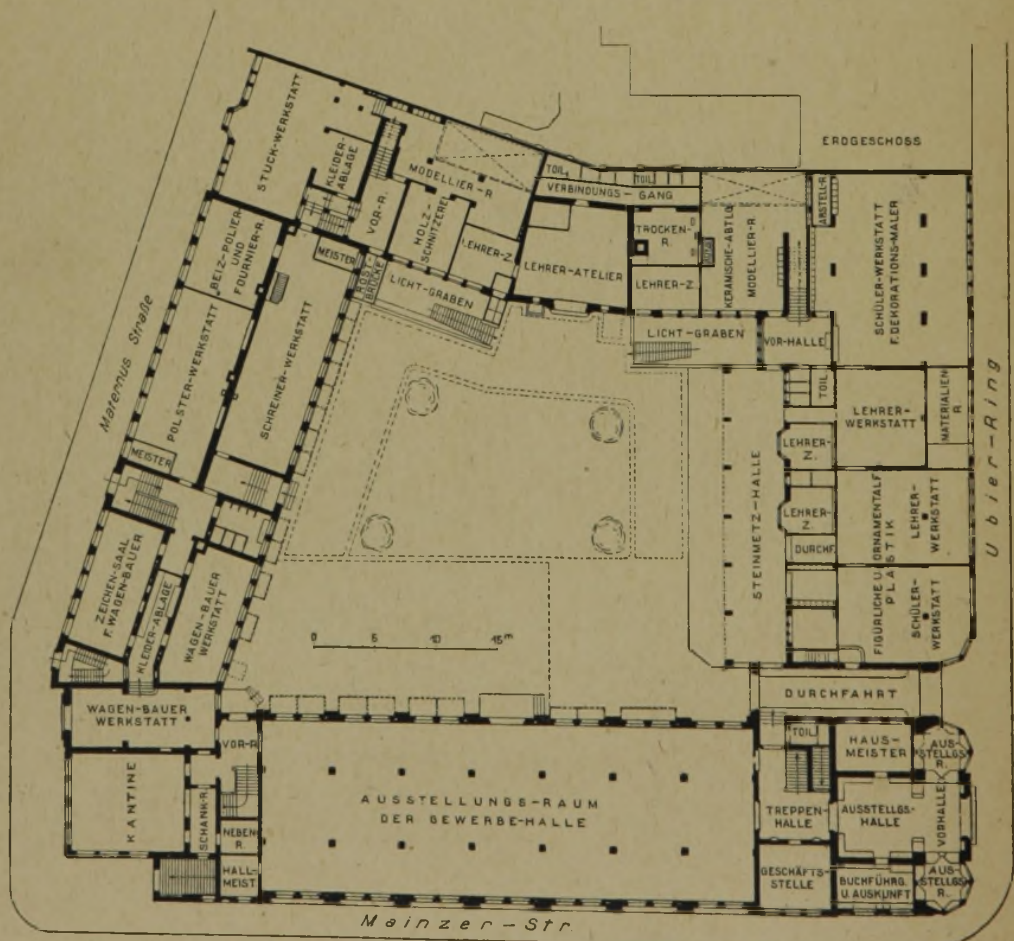


Abb. 3. Grundriß des Erdgeschosses. (1 : 600.)

Thormälen aus Magdeburg. Nach dessen Pensionierung wurde im Herbst 1920 Prof. Elsaesser von der Techn. Hochschule zu Stuttgart als Nachfolger berufen. Diesem wurde die Aufgabe gestellt, nach einem

kommene Umgestaltung des Lehrkörpers, der bisher aus lebenslänglich angestellten Architekten und Malern bestand, während die neuen Kräfte auf Grund eines Vertrages nur für einige Jahre berufen wurden und mög-



Abb. 4. Hofansicht.

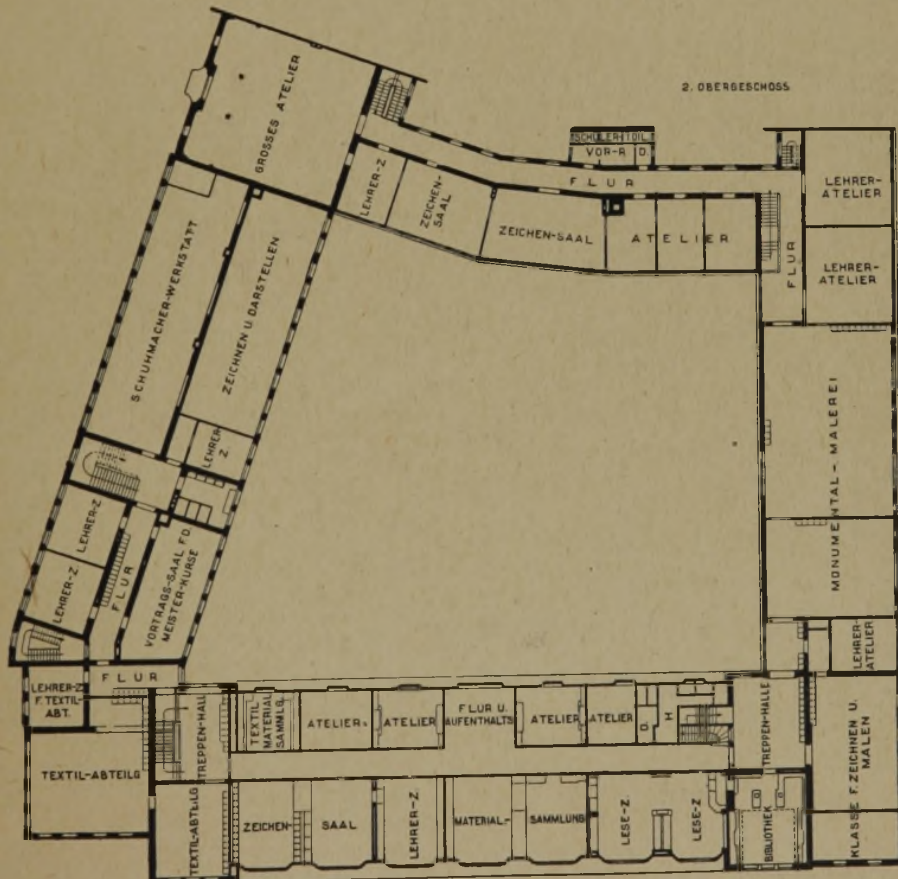


Abb. 5. Grundriß des II. Obergeschosses (1:600).

von ihm entworfenen Programm, aus einer altmodischen und mangelhaft eingerichteten Zeichen- und Entwurfschule, eine modern ausgestattete und zeitgemäß organisierte Werkstattschule zu schaffen. Eine voll-

lichst unmittelbar aus der Praxis des kunstgewerblichen Berufes herauswachsen sollten, ging damit Hand in Hand. Die Schule sollte in ihrer neuen Form den Schülern eine einheitliche und zugleich künstlerische

und handwerklich-technische Erziehung geben, wobei durch den Unterricht in Musterwerkstätten der engere Zusammenhang mit dem Leben und der Industrie hergestellt werden und ein größerer Einfluß auf die kunstgewerbliche Erziehung und die Ausbildung eines guten Nachwuchses gewonnen werden sollte.

Dieses Programm forderte zunächst den Bau eines entsprechenden Schulgebäudes. Schon in der Amtszeit

Die neuen Pläne für den inneren Aufbau der Schule brachten auch für den Bau selbst ein neues Programm, dessen Ausführung dem neuen Direktor der Anstalt, Prof. Elsaesser, übertragen wurde. Nach Durcharbeitung der Pläne und der Kostenanschläge konnte im Mai 1922 mit dem Bau begonnen werden. Der Rohbau, dessen Fortgang durch den schlechten Bausommer, die Schwierigkeiten einer umständlichen künstlichen

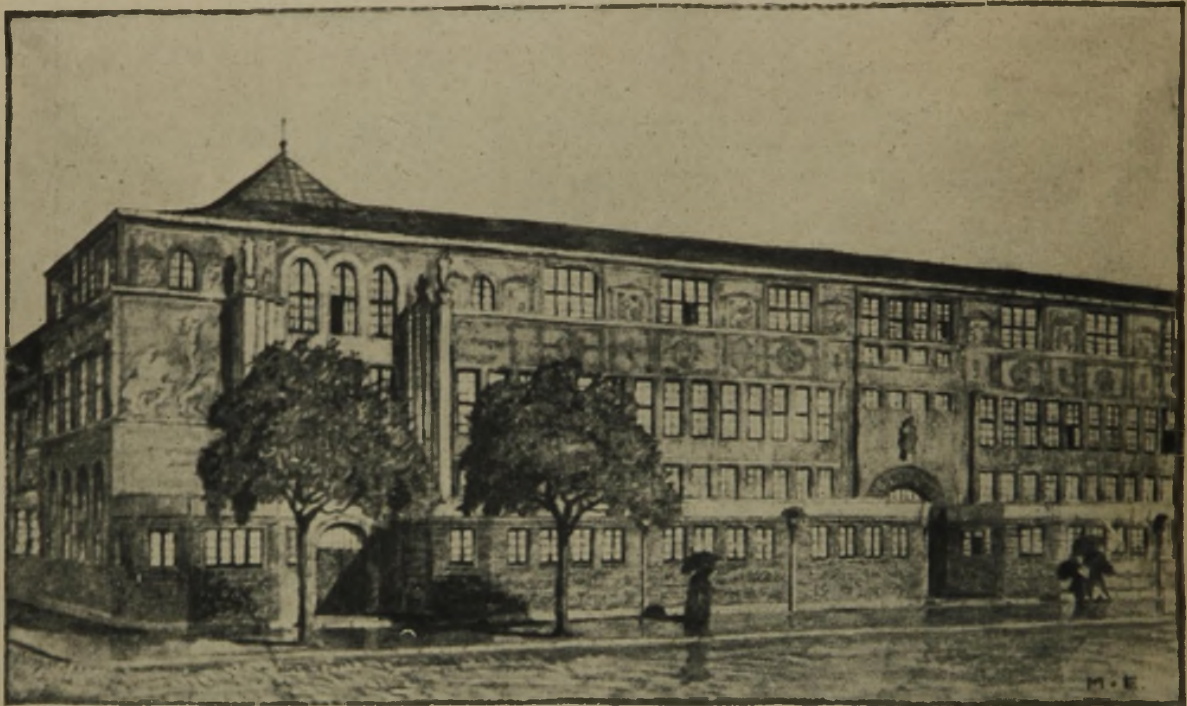


Abb. 6. Erster Entwurf von Prof. Martin Elsaesser. Ansicht am Ubier-Ring.



Abb. 7. Ansicht des ausgeführten Baues am Ubier-Ring.

Halmhubers waren Vorentwürfe für einen Neubau gemacht worden. Im Winter 1909 wurde dann ein öffentlicher Wettbewerb unter den Architekten Deutschlands ausgeschrieben, der einen Neubau am Hansaring vorsah, aus dem Arch. Franz Brantzky als Sieger hervorging, indem ihm der 1. Preis und der Auftrag zur Ausführung zufielen. Die Ausführung verzögerte sich dann aber und der Krieg ließ schließlich das ganze Projekt hinfällig werden.

Gründung, durch die Folgen der Ruhrbesetzung und Transportsperre stark gehindert wurde, konnte erst am 1. Juli 1923 beendet werden. Die Fertigstellung des Gebäudes, die ebenfalls mit diesen Schwierigkeiten zu kämpfen hatte, konnte dann so gefördert werden, daß das Gebäude im Sommersemester 1924 in Benutzung genommen werden konnte.

Die gesamte Planbearbeitung stammt von Prof. Martin Elsaesser, dem auch die künstlerische Oberleitung

übertragen war, während die technische Leitung und örtliche Bauführung in den Händen des Hochbauamtes lag. Sie wurde anfangs von Stadtbaumstr. Keßler, dann unter Oberleitung von Stadtbaurat Bolte durch Arch. Wagner ausgeübt. Für die örtliche Ausführung des Ausbaues wurde Reg.-Baumstr. Widmann

äußere Erscheinung an den drei ihn begrenzenden Straßen die Abb. 1, S. 669, 6 u. 7, S. 672 wiedergeben, stellt eine Erweiterung des Gebäudes der Gewerbeförderungsanstalt für die Rheinprovinz dar. Die beiden bestehenden Flügel an der Maternus- und Mainzer Straße wurden durch einen zweiflügeligen Anbau am



Abb. 8. Bibliotheksraum.

zugezogen. Die Installations- und Heizungsanlagen wurden unter Leitung des städt. Heizbüros und Installationsbüros ausgeführt.

Nach dieser Vorgeschichte sei auf den Bau selbst eingegangen, wobei wir uns der zur Verfügung gestellten Beschreibung bedienen:

Der Neubau der Kunstgewerbeschule, dessen

Ubierring und entlang der Nachbargrenze zu einem vierflügeligen Gebäude-Komplex ergänzt, der einen großen Innenhof umschließt (Vgl. Grundriß Abb. 3, S. 670 und Abb. 4, S. 671).

Die ungefähre Führung der Gebäudetrakte war gegeben durch den früheren Kopfbau der Gewerbehalle, auch das Zurückdrücken der Ubierringfassade

gegenüber der Baulinie, die umso eher beibehalten wurde, als dadurch die wichtigen nördlich gelegenen Ateliers, die in diesem Flügel liegen, mehr von der hochgewachsenen Baumallee des Ubierrings abrücken und das Nordlicht für die Werkstätten des Erdgeschosses intensiver ausgenutzt werden kann. Ein eingeschossiger Vorbau rückt indes bis zur Baulinie vor. (Abb. 7, S. 672).

Der Neubau zeigt im Äußeren einen möglichst schlichten, aus unseren modernen Zweckbedürfnissen und Konstruktionen entwickelten werkstattmäßigen Charakter und verzichtet auf alles Repräsentative, mit Ausnahme etwa des Gewerbehallen-Portals, das eine architektonische Betonung erfährt.

Für die Konstruktionen und Decken ist Eisenbeton und für die Wände verputztes Backsteinmauerwerk verwandt worden. Da eine Weiterführung des Hausteinsockels zu kostspielig war, ist als Sockel sichtbares Klinkermauerwerk auf Geschoßhöhe ausgeführt worden. Die Behandlung des Putzes ist stark farbig, und dadurch die Wirkung des Gebäudes vor allem auf Farbe gestellt. Die Fassade gab und gibt den Werkstätten der Schule Gelegenheit zur Lösung kunsthandwerklicher Aufgaben im Zusammenhang mit der Außen-Architektur.

Die Außenansichten der bestehenden Gebäudeteile blieben im wesentlichen unverändert. Bauliche Veränderungen entstanden durch Ausbau der Dachgeschosse, die mit dem Neubau zu einer möglichst einheitlichen Gesamtwirkung zusammengeschlossen werden. Das kurze Fassadenstück am Ende des Baues in der Maternusstraße ist nach außen als ein Baustück für sich charakterisiert und ganz in sichtbarem Backsteinmauerwerk aufgeführt (Bildbeilage). In ähnlicher Weise sind die Ansichten des Hofes ausgebildet (Abb. 4, S. 671): einfachste Formgebung, Wirkung lediglich durch Proportion, Material und Farbe.

Was die innere Einteilung des Gebäudes betrifft (Vgl. die Grundrisse Abb. 2 und 3, S. 670, Abb. 5, S. 671), so enthält die vierflügelige Anlage die bisherige Gewerbehalle, die im Untergeschoß und Erdgeschoß unverändert beibehalten ist, die Meisterkurse der Gewerbeförderungsanstalt mit 12 Werkstätten und 9 Fachklassen, die Kunstgewerbe- und Handwerkerschule mit ihren Werkstätten-Ateliers und Lehrsälen, endlich einige vorläufig der Universität überlassene Räume als Erweiterungsmöglichkeit.

Die Gewerbehalle ist, soweit möglich, gegen den Werkstättenbau der Schule abgegrenzt und erhält einen besonderen Ausstellungszugang, der zugleich durch die Ausstellungsräume der Schule führt. Dagegen sollen die Meisterkurse möglichst eng mit der Kunstgewerbe- und Handwerkerschule verschmolzen werden, so daß deren Räume gemeinsam benutzt werden können. Der Zugang für die Meisterkurse und die Kunstgewerbe- und Handwerkerschule liegt am Ubierring und führt durch eine Durchfahrt in den Binnenhof. Von hier aus führen verschiedene Zugänge zu den 4 Treppenhäusern des Gebäudes und zu den Werkstätten des Untergeschosses und Erdgeschosses.

In den Geschossen, in denen die Werkstätten liegen, ist auf durchlaufende Korridore völlig verzichtet, da sie kostspielig, unnötig und unübersichtlich wären, und einen intensiven Arbeitsbetrieb nur stören können. Dadurch ist eine gesteigerte Ausnützung des Gebäudes möglich geworden. Nur Lehrsäle, Verwaltungsräume, Lehrerzimmer usw., liegen an Korridoren; im übrigen ist dafür Sorge getragen, daß alle Werkstätten sowohl

von außen als von innen zugänglich sind, ohne daß andere Werkstätten durchschritten werden müssen.

Im Untergeschoß liegen unverändert der Maschinenraum der Gewerbehalle, Lagerräume, die erweiterte Heizung mit dem in den Hofraum verlegten Kohlenkeller, ein Schüler-Fahrrad-Raum, die Ofen- und Maschinen-Anlage der keramischen Abteilung, das galvanische Laboratorium, die erweiterte Schlosserwerkstätte und der Maschinenraum der Tischlerei mit Holztrockenraum.

Im Erdgeschoß blieb die Gewerbehalle nahezu unverändert, nur die Treppenanlagen wurden abgetrennt und die Galerie wieder durch Einziehen einer Decke beseitigt. Am Ausstellungseingang liegt der Ausstellungsraum der Werkstätten mit einem Raum für Buchführung und Auskunft und dem Pförtneraum, der eine Kontrolle nach beiden Eingängen ermöglicht. In dem früheren Raume der Lebensmittelzentrale ist eine Schülerkantine eingerichtet. Im übrigen enthält das Erdgeschoß alle die Werkstätten, die mit dem Transport schwerer Gegenstände oder stark schmutzenden Materialien rechnen müssen: Die Werkstätten und Ateliers für Bildhauerei, Modellieren, Holzschnitzen die Modellerräume der keramischen Werkstätte, die und Stukkatur-Arbeiten, die Dekorationsmalerwerkstätten, die Modellerräume der keramischen Werkstätte, die Tischlerei mit Beizraum, die Wagenbauerwerkstätte, eine Polsterwerkstätte, Zeichensaal für Wagenbauer.

Im Hofe befinden sich die Zugänge zu den Werkstätten des Unter- und Erdgeschosses, die Laderampe für die Gewerbehalle, die Einfüllschächte für Kohlen, eine überdeckte Halle für Steinmetz- und Bildhauerarbeiten, ein Lagerschuppen für Holzvorräte. Über den Nebenräumen liegt ein Zwischengeschoß mit Nebenräumen für die Verwaltung, für die Bildhauer- und Dekorationsmaler-Werkstätten, ferner ein farchemisches Laboratorium, ein Lehreratelier und ein großer Hörsaal mit 170 Sitzplätzen.

Das 1. Obergeschoß enthält die Geschäftszimmer, Sprechzimmer und Arbeitszimmer des Direktors, die Fachklassen für Architektur und Raumkunst mit Lehrerzimmer, Schüler-, Schrank- und Lehrmittelraum, die Werkstätte der buchgewerblichen Abteilung, Buchbinderei, Setzer- und Druckersaal, lithographische, chemigraphische und photographische Werkstätten, die dazu gehörigen Lehrsäle, die Schneiderwerkstätte und die Fachklasse für Goldschmiede- und Metallarbeitern mit Lehrerzimmer, ein Emaillierraum.

Das 2. Obergeschoß enthält im nördlichen Flügel die Ateliers der Mal- und Zeichenklasse, der angewandten Malerei mit 2 Lehrerateliers, einen Akt-saal, Bibliothek und Lesezimmer, Materialien- und Vorbildersammlung, Lehrsäle und Lehrerzimmer für Formen- und Materiallehre, die Textilabteilung mit Lehrerzimmer, verschiedene Lehrer- und Assistentenzimmer, 2 Vortragssäle der Meisterkurse, die Schuhmacherwerkstätte und Säle für Zeichnen und Darstellen samt Lehrerzimmern; endlich 5 Räume für spätere Erweiterung, die zunächst der Universität zur Verfügung gestellt werden.

Im 3. Obergeschoß ist nur der Südflügel ausgebaut, der außer wenig veränderten Wohnungen des Hausmeisters und eines Werkmeisters einen Zeichensaal mit Lehrerzimmer, Lehrmittelräume der Meisterkurse und einige kleine Aushilfsräume (Arbeitsräume für ältere Schüler) enthält. — (Schluß folgt.)

Ein Beitrag zur Frage der Satellit-Städte.

Von Verbandsdirektor Dr. Schmidt, Essen.*)

Die Tatsache, daß unsere Großstädte vielfach nicht nur häßlich und ungesund, sondern auch verschwenderisch gestaltet worden sind, verschwenderisch nicht nur im engeren Sinne der Volkswirtschaft, sondern auch in ihrem weiteren Sinne infolge der Schädigung der Volksgesundheit, haben zu

einer großen Unzufriedenheit mit dieser Stadtform geführt. Gegenmaßnahmen mußten daher ergriffen werden. Scheunenviertel wurden beseitigt, Parks wurden angelegt, die Bekämpfung der Volkskrankheiten tatkräftig in An-

*) Anmerkung der Schriftleitung: Wir geben ausnahmsweise diese Ausführungen, die in die Beilage „Stadt und Siedlung“ gehören, im Hauptteil zum Zwecke rascherer Veröffentlichung wieder. —

griff genommen, die Haus- und Wohnungsform geändert und allgemein die Stadthygiene gefördert, aber die Wohnungsfrage blieb bis heute ungelöst. Um ihrer Herr zu werden, erscholl der Kampfruf: „Fliehet aus der Großstadt, geht in die Gartenstädte!“ Eine Vereinigung zur Förderung der Gartenstadtbewegung wurde tätig. Sie fand wohl die körperliche Form der Gartenstadt, konnte dieser aber keine eigene Seele, keine eigenen Lebensbedingungen, keine eigene Verwaltungsform geben, weil die finanzielle Seite der Frage nicht gelöst werden konnte. Aus der Gartenstadt wurde eine Vorstadtform und es ist nicht zu verwundern, daß die Antwort einer privaten Kommission, die der Premierminister Lloyd George 1919 nach Belgien und Deutschland sandte, um ihm über errichtete hervorragende Gartenstädte zu berichten, lautete: „There are no garden cities in Belgium or Germany to be imitated“.

Es war nämlich in Deutschland wie in England der Begriff „Gartenstadt“ zu einem Schlagwort und Gemeingut geworden, das als Gartenstadt, Gartendorf, also mit den lieblichsten Namen, verwirklicht wurde, um irgend welche Spekulationspläne, oft wildester Art, zu unterstützen. Die Lasten des Unternehmens fielen später meistens den Gemeinden zu, weil es nicht genügende Unterstützung fand; denn die Menschenmassen, deren Existenz innerhalb eines komplizierten Wirtschaftslebens mit den bestehenden Städten verfilzt ist, können nicht kurzerhand eine Ortsveränderung vornehmen, so wie etwa der Einzelne in ein Häuschen im Grünen zieht. Ja, im Ganzen gestattete das Wirtschaftsleben häufig diese Ortsänderung nicht ohne das Risiko der Selbstvernichtung.

Dieser Entwicklungsgang brachte den ersten Träger der Gartenstadtbewegung dazu, den Begriff Gartenstadt klar zu umreißen. Hiernach ist eine Gartenstadt eine für gesundes Wohnen und für Industrieansiedlung bestimmte Stadt mit einem Stadtplan: ihr Umfang muß ein volles Ausmaß für gesellschaftliches Leben liefern, aber nicht mehr; sie ist umgeben von einem ländlichen Gürtel; der ganze Grund und Boden muß im öffentlichen Eigentum stehen oder in Obhut für die Gemeinschaft gehalten werden. Also eine Gartenstadt ist weder ein Dorf noch eine Vorstadt und das beste Beispiel hierfür ist wohl Letchworth in England. In ihrer vervollkommensten Nachahmung wurde 1920 die Satellitstadt Welwyn bewußt gegründet.

Das neue Wort „Satellit-Stadt“ ist jetzt ebenso wie früher das Wort Gartenstadt zum Schlagwort geworden, das zum Schaden der Sache allzuoft an untauglicher Stelle Verwendung findet, ohne zu bedenken, daß wir Satellit-Städte in den verschiedensten Teilen unseres Landes bereits hatten, denn im allgemeinen ist jede Stadt, die von einer anderen, größeren mehr oder weniger abhängig ist, eine Satellit-Stadt, insbesondere sind es die Städte in der Nähe der Großstädte.

Diese Frage der Satellit-Stadtbildung wird zurzeit im Land- und Stadtbezirk Breslau viel erörtert und es scheint mir erwünscht zu sein, zu diesem Sonderfalle Stellung zu nehmen.

Die Denkschrift des Landkreises Breslau *) bekämpft die Wasserkopfbildung, d. h. die Zusammenballung großer Menschenmassen auf kleinem Raum, weist (S. 13) auf die erschreckend hohe Zahl der Lungenerkrankungen hin, erklärt, die Stadt Breslau wolle, auch nach erfolgter Eingemeindung, die Fehler der Vergangenheit wiederholen, wie der Breslauer Generalsiedlungsplan sofort erkennen lasse (S. 12), es müsse daher, ohne eine sich zu nächst noch im seitherigen Sinne auswirkende Stadterweiterung zu plötzlich und zu gewaltsam abzuschneiden, erwogen werden, wie Maßnahmen vorbereitet werden könnten, um den im Rahmen einer gesunden Großstadtgrenze nicht mehr unterzubringenden Bevölkerungszuwachs anderweitig so anzusiedeln, daß nicht nur die seitherigen Schäden der Großstadt vermieden, sondern aus solcher Ansiedlung möglichst der Kernstadt sowie den neuen Siedlungsgebieten Vorteile erwachsen (S. 15). Sie ist schließlich der Auffassung, daß der durch das Wettbewerbsprojekt „Trabanten“ vorgeschlagene Weg in besonderem Maße geeignet sei, dem Grundsatzes jedes gesunden Städtebaus zu seinem Rechte zu verhelfen. Dazu wird (S. 14) eine Planskizze von Groß-Breslau gegeben, worin Breslau als geschlossene Kernstadt gezeigt ist mit dezentralen Wohn- und Wirtschaftstrabanten, die durchweg an verkehrstechnisch und gesundheitlich besonders geeigneten Stellen gelegen sind. Es sind darin 14 solcher Trabanten angegeben, wovon 4 zwischen 6—8 km, weitere

4 etwa 12 km, 3 etwa 20 km vom Stadtkern entfernt und die letzten 3 etwas außerhalb des 25 km-Kreises liegen. Die bildliche Darstellung dieser Trabanten konnte in dem kleinen Maßstabe nur schematisch als Kreisscheibe gegeben werden, was nicht einwandfrei sein dürfte, aber für diese Betrachtung unwesentlich ist.

Der Begriff Trabant oder genauer gesagt „Trabantenstadt“ ist in Deutschland neu. Er ist unmittelbar aus dem englischen Wort „Satellit town“ übertragen. Geprägt wurde dieses Wort von dem Amerikaner G. R. Taylor in dem Buche *Satellite cities*, New York 1915. Taylor beschreibt darin lediglich das Bestreben besonderer amerikanischer Industrien bei Chicago und St. Louis, der gedrängten Großstadt zu entfliehen und sich als Fabrikantenstädte, die für die Arbeitnehmer besonderer Art erbaut wurden, anzusiedeln. Taylor zieht hieraus keinerlei Schlüsse, sondern betont nur die Vorteile dieses Systems für die Bewohner und die Industrie dieser gut geplanten Gemeinden.

Führende Engländer haben dann diesen Gedanken in die englische Gartenstadtbewegung hineingetragen. C. B. Purdon gibt in seinem Buche „the building of satellite towns, London 1925“ folgende Erklärung:

„By a satellite town is therefore meant a town in the full sense of the word, a distinct civic unit with its own corporate life, possessing the economic, social and cultural characteristics of a town in these present times, and while still maintaining its own identity in some sort of relation of dependence upon a great city. The term does not mean a village, because a village is essentially not a town; neither does it mean a suburb or any form of community which is absorbed, or in process of absorption, into another community. The word „satellite“ is used in a pseudoastronomical sense: that is to say, of a body that is under the influence of a more powerful body but physically distinct.“

oder zu Deutsch:

„Unter einer Satellit-Stadt versteht man eine Stadt, in dem wahren Sinne des Wortes, also eine deutliche bürgerliche Einheit mit ihrem eigenen korporativen Leben, die die charakteristischen wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Merkmale einer Stadt der heutigen Zeit besitzt, und während sie ihre eigene Identität behauptet, in einer gewissen Art von abhängiger Beziehung von einer Großstadt ist. Dieser Begriff ist kein Dorf, wie ein Dorf dem Wesen nach keine Stadt ist. Man versteht auch darunter keine Vorstadt, oder irgend eine Gemeindeform, die bereits von einer anderen Gemeinde absorbiert oder in dem Absorbierungsprozeß begriffen ist. Das Wort „Satellit“ ist in einem übertragenen astronomischen Sinne gebraucht, der einen unter dem Einflusse eines mächtigeren Körpers stehenden, aber körperlich getrennt bleibenden Körper bedeutet.“

Zur weiteren Klärung des Wesens und der Lage der Satellit- oder Trabantstadt dienen folgende Beispiele:

Eine der Satellit-Städte Taylors ist: Gary, Indiana, im Jahre 1906 von der United States Steel Corporation 20 Quadratmeilen groß am Michigan-See angelegt, etwa 26 Meilen oder 26.16 = 41,6 km vom Zentrum Chikagos entfernt. Sie hatte 1920 rund 55 000 Einwohner. In Detroit, Michigan, der Heimat der bedeutendsten Ford'schen Werke, ist infolge des außerordentlichen Wachstums dieser Stadt die Satellit-Bildung gescheitert. Der äußerste südliche Zipfel des Landkreises Breslau dürfte etwa 24 km vom Stadtkern entfernt sein.

Die Gartenstadt Letchworth in England, an die kleine Stadt Haldock westlich angegliedert, liegt 24,5 Meilen oder etwa 39,2 km von London entfernt. Die 1920 mit 250 000 £ gegründete erste Satellit-Stadt Welwyn liegt ebenso wie Letchworth an einer Hauptbahnlinie nach London in 20 Meilen oder 32 km Entfernung von London, das ist etwa die Entfernung zwischen Zobten und Breslau.

Aus diesen Beispielen geht zunächst einmal gegenüber den Breslauer Verhältnissen die doch recht bedeutende Entfernung von der Mutterstadt hervor. Die Ursache hiervon ist nicht nur in der stärkeren Fernwirkung der Weltstadt London zu suchen, sondern liegt in der Absicht, rein landwirtschaftlich zu bewertenden Grund und Boden möglichst nicht im Kleinbesitz aufzusuchen. Dies ist nach Ansicht von Ebenezer Howard, des besten Kenners der Verhältnisse, erste Vorbedingung, weil die finanzielle Zunahme des Bodenwertes die finanzielle Grundlage des Unternehmens bilden muß. Und die zweite, es darf keine ältere Ansiedlung vorhanden sein wegen der stark begründeten rechtlichen Interessen, die zu stören zeitraubend, teuer, mindestens aber unbillig

*) Anmerkung der Schriftleitung. Vgl. unsere Besprechung in No. 19. „Stadt und Siedlung“. —

wäre. Diese beiden Grundsätze hat die Erfahrung ergeben.

Man erkennt schon hieraus, daß die Bildung von Satellit-Städten schwierig sein dürfte und weiß ja auch, daß, wenn früher Fürsten und Bischöfe Städte gründeten, sie die Plätze sehr sorgfältig absuchten und ihre Entwicklungsbedingungen auf das gewissenhafteste prüften, außerdem aber mindestens den Kern der Anlage aus eigenen Mitteln erbauten. An die Stelle dieser Gründer ist heute die Großindustrie oder der Bergbau getreten, wie nicht nur das oben gegebene amerikanische Beispiel, sondern auch die Stadtgründungen der letzten vier Jahrzehnte im nördlichen Ruhrkohlenbezirk zeigen.

Es muß nämlich unbedingt ein Träger des Risikos vorhanden sein. Deshalb mußten auch die begeisterten Idealisten von Letchworth Garden City ihre Aktionäre volle 20 Jahre warten lassen, bis sie ihre 5 v. H. Dividende erhielten und zwar erst dann, nachdem der Bahnhof von der Eisenbahngesellschaft, Schulen von der Schulverwaltung der Grafschaft, der Friedhof ebenfalls von dieser und Straßen (1911) sowie Kanäle (1912) nebst ihrer Unterhaltung in die öffentliche Hand übergegangen waren, ebenso die Müllabfuhr und alles, was sonst wohl zum zivilisierten Leben gehört.

Deshalb fordern die englischen Fachleute vor Gründung einer Satellit-Stadt nach all den andern bereits genannten Vorbedingungen ein vorweg aufzubringendes Aktienkapital von 10—15 Mill. M. und vor allem langfristige und keine kurzfristigen Darlehen vom Staat. Denn es ist ohne weiteres klar, wenn auch der gesunde Instinkt des Menschen der so ideal gedachten Gründung der Garten- oder Satellitstadt außerordentlich freundlich gegenübersteht, so gehört doch nicht nur ein ungeheurer Wille, sondern auch eine starke Macht und die Tat dazu, die erstaunliche Gleichgültigkeit der Menge aufzurütteln und unter Gewährung ausschlaggebender Vorteile die Kräfte und Einzelwillen in die gewollten Bahnen zu lenken, sowie rechtlich und wirtschaftlich begründete Interessen, die der Allgemeinheit schädlich sind, umzugestalten.

Was alles zu der Neubildung eines geordneten Gemeinwesens gehört, in dem Menschen wohnen sollen, die Kultur und die aus ihr sich ergebende Civilisation kennen, ist schon gestreift. Im ganzen handelt es sich um den Bau von Straßen und anderer noch kostspieligerer Verkehrsmittel; dann um den Bau von Häusern, denn keine Industrie kann angelockt werden, wenn sie nicht schon größtenteils, von Arbeitskräften bewohnt, vorhanden sind; Schulen, Kirchen, Kanäle und Versorgungsleitungen, sowie Versorgungswerke für Wasser, Gas, Elektrizität sind zu stellen, Friedhöfe, Polizei, Krankenanstalten, Müllabfuhr, Abwasserreinigung, alles wird verlangt, alles muß eingerichtet werden, sonst entsteht von vornherein ein kranker Organismus. Und zu allem diesem sind große Kapitalien erforderlich, die zum Teil lange Zeit amortisations- und zinslos liegen müssen, weil die leistungsfähige Steuerquelle fehlt. Hierzu kommt noch eins. Unsere ganze Gesetzgebung ist zurzeit auf das Wachsen der Großstädte eingerichtet. Man denke neben allem anderen insbesondere an den Wohnungsbau und die Hauszinssteuer, die nicht zu solchen Gründungen fließen wird. Also die Satellit-Stadt bedarf einer gesetzlichen Unterstützung, aber auch einer gesetzlichen Begrenzung ihres Wachstums, damit sie nicht wieder zu dem werde, was sie vermeiden will.

Aus allen diesen Ausführungen folgt einmal, daß die

Vermischtes.

Die 100-Jahr-Feier der Technischen Hochschule Fridericiana zu Karlsruhe vom 28. bis 31. Okt. d. Js. sieht folgende Veranstaltungen nach dem jetzt bekanntgegebenen Programm vor: Mittwoch, den 28. Okt. Begrüßungsabend für die Ehrengäste im ehemaligen Residenzschloß, veranstaltet vom Lehrkörper; Donnerstag, den 29. Okt. von Vorm. 9 Uhr beginnend: Kranzniederlegung am Grabe des Namensherrn der Hochschule, Großherzog Friedrichs I, durch Rektor und Senat, dann Festakt im Landestheater, Festessen in der Festhalle, Festvorstellungen im Landestheater und im Konzerthaus; Freitag, den 30. Okt. um 10½ Uhr beginnend: Einweihung des Gefallenendenkmales im Ehrenhof der Hochschule, Besichtigungen der Hochschulinstitute, Enthüllung des von den Physikern und Funkunternehmungen Deutschlands gestifteten Heinrich Hertz-Denkmales, Einweihung der Anlagen für Leibesübungen mit Vorführungen, Fackelzug der Studentenschaft nach dem Stadtgarten, Festkommers veranstaltet von der Studentenschaft im großen Saal der städtischen Festhalle; Samstag, den 31. Okt. 1925 Ausflug nach dem Murgwerk und Baden-Baden. —

Idee der Lösung des Landkreises Breslau in der von ihm vorgeschlagenen Form, Trabantenstädte zu gründen, selbst für Den, der gern diese Idealgründung verwirklicht sehen möchte, nicht angebracht ist. Im Gegenteil muß gerade Derjenige, der mit ganzem Willen die Bildung der wirklichen Trabantenstädte fördert, vor einem Lösungsversuch in dieser Form als an ungeeigneter Stelle warnen. Die Trabantenstadt ist eine Mittelstadt nach Art der Gartenstädte mit überwiegend Einfamilienhaus, die an geeigneter Stelle eine entsprechend beschränkte Zahl von gewerblichen oder industriellen Anlagen erhält, um dem überwiegenden Teil der Bevölkerung Arbeit zu geben, der andere Teil der Bevölkerung findet Arbeit in dem landwirtschaftlichen Gürtel, der dieses Gemeinwesen umgibt, wo auch rationelle Viehzucht getrieben wird, oder es wird in der entfernten Mutterstadt Verdienst und kulturelle Ergänzung gesucht, denn die Großstädte behalten Anziehungskraft und Einfluß, da sie die Träger der Kultur sind und bleiben. Aus diesem Grunde kann man auch ihr Wachstum nicht plötzlich an einer politischen Grenze aufhören lassen, die keine wirtschaftliche Grenze ist, sondern dies darf nur an einer wohl überlegten Wirtschaftsgrenze geschehen. In diesem Sinne ist auch wohl die Beschränkung in der Denkschrift des Landkreises aufzufassen, daß Maßnahmen vorbereitet werden müssen, den nicht mehr im Rahmen einer gesunden Großstadtgrenze sich ergebenden Bevölkerungszuwachs einwandfrei anzusiedeln, „ohne eine sich zunächst noch im seitherigen Sinne auswirkende Stadterweiterung zu plötzlich und zu gewaltsam abzuschneiden.“

Die neue Grenze wird am zweckmäßigsten durch einen „wirtschaftlichen Nutzungsplan“, wie er den Eingemeindungen im Ruhrkohlenbezirk zugrunde gelegt worden ist, festgelegt. Hierdurch wird nicht eine neue Zufallsgrenze zweier politischer Gebiete, sondern eine in der wirtschaftlichen Entwicklung begründete gefunden.

Der Ausgangspunkt, sowohl der Landkreisverwaltung wie der Stadtverwaltung Breslau, ist eine Verbesserung der Lebensbedingungen der bestehenden und zukünftigen Bevölkerung ihres Landesteiles zu erreichen zum Wohle des Volkes. Hierfür läßt sich sicher eine für beide Teile gute Lösung finden, aber es muß alsbald planmäßig, durch Verordnung, und durch die Tat das Notwendigste veranlaßt werden. Hierbei kann auch an einer oder der anderen Stelle die Satellitstadtbildung versucht werden, falls man nicht glaubt, in der Art der Kreisplanbildung die Lösung finden zu können, was m. E. sicherlich möglich sein wird. Aber der Kreis muß sich klar sein, daß die leistungsfähige Satellitstadt nach der heutigen Gesetzgebung dem Kreise verloren geht.

Die Durchführung des Trabantenstadtplanes in der vorgeschlagenen Form ist ein Versuch um ungeeigneten Objekt, der den guten Gedanken nur diskreditieren könnte. Es liegt offenbar eine Verwechslung des Maßstabes vor, eine Verwechslung, die einstmals einem bekannten Städtebauer nach dem Studium der großen Haußmannschen Durchbrüche in Paris in sehr kleinem Maßstab dazu verführte, seine Stadterweiterung in großem Umfange mit sehr ungünstig zu bebauenden dreieckförmigen Baublöcken zu bedecken; eine Verwechslung des Maßstabes, die heutzutage noch sehr Vielen passiert, die k. H. amerikanische Verhältnisse nach Deutschland übertragen wollen. —

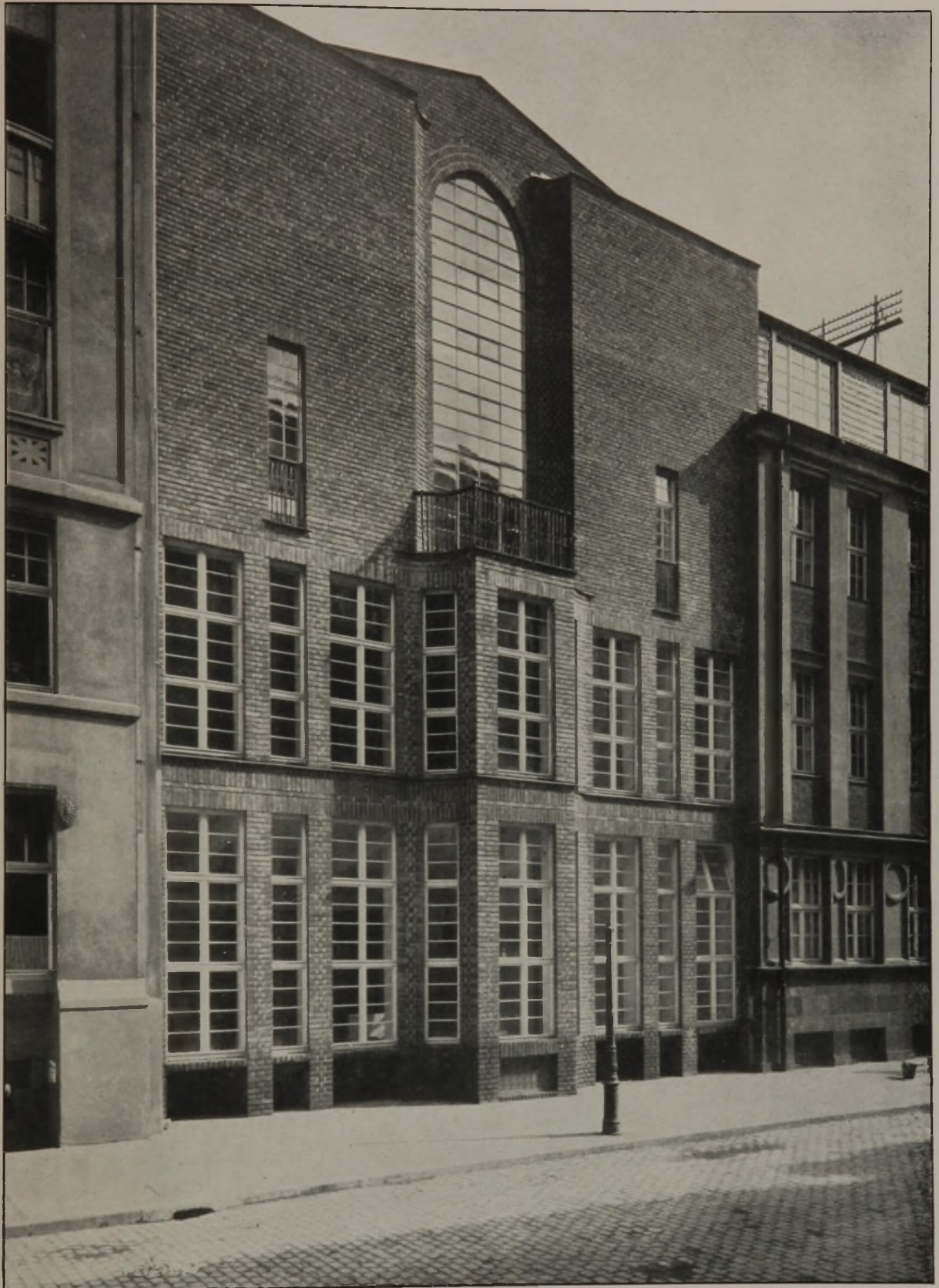
Wettbewerbe.

Ideen-Wettbewerb für die Bebauung der linksrheinischen Rampe der Hängebrücke in Köln. Durch die Leonhard Tietz A.-G. wird, nachdem Ob.-Baudir. Prof. Dr.-Ing. Fritz Schumacher, Hamburg, von dem Bauauftrage aus persönlichen Gründen zurückgetreten ist, auf dem Wege eines Wettbewerbes eine Lösung der umstrittenen Aufgabe gesucht. Die Stadt Köln schreibt dafür einen allgem. Ideen-Wettbewerb unter den im deutschen Reiche einschl. des Saargebietes, im Freistaate Danzig und der Republik Österreich ansässigen Architekten aus. Als Einlieferungstermin ist der 24. Dez. 1925 festgesetzt. Unterlagen Stadterweiterungsbüro. Näheres im Anzeigenteil. —

Inhalt: Die Kunstgewerbe- und Handwerkerschule in Köln. — Ein Beitrag zur Frage der Satellit-Städte. — Vermischtes. — Wettbewerbe. —

Bildbeilage: Kunstgewerbe- und Handwerkerschule in Köln. Teil der Fassade an der Maternusstraße. —

Verlag der Deutschen Bauzeitung, G. m. b. H. in Berlin. Für die Redaktion verantwortlich: Fritz Eiselen in Berlin. Druck: W. Buxenstein, Berlin SW 48.



KUNSTGEWERBE- UND HANDWERKERSCHULE IN KÖLN
TEIL DER FASSADE AN DER MATERNUSSTRASSE
ARCHITEKT: PROFESSOR MARTIN ELSAESSER, B. D. A. IN KÖLN
DEUTSCHE BAUZEITUNG. LIX. JAHRGANG 1925. NR. 85